

## KURZ UND PRÄGNANT

### Ablenkungsmanöver

„Die CDU will mit absurden Vorwürfen von eigener Schuld ablenken!“, so Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraction, mit Bezug auf eine Aufforderung der Thüringer CDU zur Mäßigung. Gerade die CDU sei es, die seit der Landtagswahl eine immer aggressivere Auseinandersetzung mit der rot-rot-grünen Koalition führe und dabei bewusst auch auf das Thema Flüchtlinge setze.

„Für die Verrohung der politischen Sitten in Thüringen ist sie maßgeblich verantwortlich. Wer politische Opponenten als 'Bande' bezeichnet, die man als CDU 'vor sich hertreiben werde', muss sich über Auswüchse nicht wundern, die in Drohungen gegen Politiker der Linken und Anschlägen auf Wahlkreisbüros kulminieren“, sagte die Fraktionschefin. Bewusst habe die CDU Gespräche mit der rechtspopulistischen AfD gesucht und ein gemeinsames Vorgehen gegen die von Neonazis dominierte Thügida abgelehnt. ■

### Warnsignale

„Das Zündeln bei der Zuwanderungsfrage durch zumindest halb-offizielle Unterstützung von Ressentiments gegenüber Flüchtlingen gefährdet das demokratische Klima in diesem Land. Wenn sich Attacken gegen Flüchtlinge sowie Anschläge auf Büros und Fahrzeuge von Abgeordneten häufen und es Morddrohungen gegen den Ministerpräsidenten von Thüringen gibt, sind das eindeutige Warnsignale an alle Demokraten“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Fraktionschefin und Landesvorsitzende der Linkspartei.

Die CDU in Mühlhausen verfolge das Ziel, die Nutzung eines Teils der ehemaligen Görmar-Kaserne als Landeserstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende explizit auszuschließen. Auch das Umgehen der CDU-Landrätin des Landkreises Greiz, Martina Schweinsburg, werfe ein bezeichnendes Licht auf die politische Haltung gegenüber Flüchtlingen. Schweinsburg, die auch Präsidentin des Thüringer Landkreistages ist, hatte den von der rot-rot-grünen Landesregierung veranlassten Winterabschiebestopp kritisiert und ist in den letzten Jahren durch einen besonders restriktiven und diskriminierenden Umgang mit Flüchtlingen im Landkreis Greiz aufgefallen. Sie gehörte auch zu jenen CDU-Landräten, die kürzlich äußerten, keine Flüchtlinge in ihrem Kreis aufnehmen zu wollen. Der CDU-Landeschef Mohring müsse sich entscheiden, ob er das demokratische Miteinander in Thüringen stärken oder fremdenfeindliches Klima anheizen wolle. ■

# Oft geht es nur noch um Konfliktvermeidung

## Eindrücke und Erkenntnisse von einer Tour bei Thüringer Jugendhilfeeinrichtungen

**Um lokale Gegebenheiten von Institutionen, Trägern und Akteuren in der Jugendhilfe in Thüringen besser kennenzulernen, haben wir, unser wissenschaftlicher Mitarbeiter für Bildung, Jugend und Sport der Landtagsfraktion, Dr. Steffen Kachel, und ich, in den vergangenen Wochen verschiedene Kreise und kreisfreie Städte bereist.**

Insgesamt waren wir sieben Tage unterwegs, sind mehr als 1.300 Kilometer durch Thüringen gefahren und haben uns mit 51 Personen getroffen. Station machten wir dabei in Erfurt, in Schmalkalden-Meiningen, in Gera, im Kyffhäuserkreis, im Altenburger Land, in Eisenach und im Wartburgkreis.

Bei aller Unterschiedlichkeit zwischen den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten gab es Problemlagen, die uns immer wieder begegneten. Die Träger, mit denen wir uns trafen, berichteten, dass sich in den letzten Jahren die Arbeit in der Jugendhilfe verändert hat. Sie geht weg von gruppenbezogenen Freizeitangeboten hin zur Einzelfallarbeit mit familiärem Ansatz.

In vielen Projekten wird beobachtet, dass die Kinder, die in die Einrichtungen kommen, immer jünger werden. Ein neues Problem in der offenen Jugendarbeit sind Migrantenkinder, welche oft einen deutlich höheren Unterstützungsbedarf haben. Durch die meist zu schmale Personalausstattung fehlt es aber an Ressourcen, hier tiefergehend zu helfen. „Eigentlich können wir an vielen Tagen nur Konfliktvermeidung leisten statt sozialer Arbeit“, fasste ein Sozialarbeiter zusammen.

Ein weiteres Problem für die Einrichtungen ergibt sich daraus, dass immer mehr Kinder mit Hunger in den Jugendclub kommen und für Essensversorgung

in den Förderrichtlinien keine Mittel vorgesehen sind. Manche Träger versuchen, sich mit Spenden zu behelfen, aber dies erweist sich für eine kontinuierliche Planung als schwierig.

Ein anderer Aspekt, der uns in den Jugendämtern bzw. bei den Jugendfachdiensten genannt wurde, war die Finan-

die im Bereich der Jugendhilfe stark verbreitete Befristung sowie die oft zu geringe Bezahlung. Eine Befristung ist leider nicht zu umgehen, weil es für die Träger sehr oft kaum Planungssicherheit für ein Jahr, geschweige denn über längere Zeiträume gibt. Zusätzliche Förderungen sind fast immer projektgebun-

den und nur auf einen kurzen Zeitraum bezogen, Mitarbeiter haben de facto kaum Aufstiegsmöglichkeiten und fallen mit neuen Projekten wieder in niedrige Lohngruppen zurück. Hier sind gesetzliche Regelungen denkbar, die die Situation verbessern.

Unser Fazit: Es gibt einiges zu tun, um die Arbeitsbedingungen und die Wirksamkeit der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Thüringen zu verbessern, und das ist angesichts der Probleme dringend nötig! Viele in diesem Bereich hoffen auf die neue rot-rot-grüne Landesregierung.

*Kati Engel, Sprecherin der Fraktion für Ausbildung, Kinder- und Jugendpolitik*

*Foto: Besuch bei der Drogenkontaktstelle „accept“ in Altenburg - v.l.n.r.: Kati Engel, Ralf Plötner (Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE Altenburger Land), Anett Bernhard (Drogenkontaktstelle), Mandy Eißing (Mitglied im Jugendhilfeausschuss Altenburger Land für DIE LINKE) und Gunter Starke (aufsuchende Jugendsozialarbeit Altenburg)* ■



zierung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit. Hier hörten wir, dass es ohne die Förderung durch das Land keine Möglichkeit gäbe, diese Arbeit in ihrer jetzigen Form aufrecht zu erhalten. Allerdings sollte nach Fachmeinung der betreuenden Stellen damit schon in der Grundschule angesetzt werden. Denn Horte sind nicht in der Lage, diese Aufgabe in der Art und Weise zu leisten, wie es die Schulsozialarbeit vermag.

Egal ob freier Träger oder Jugendfachdienst, eines bekamen wir überall mit auf den Weg: Die Stellenbesetzung gestaltet sich oft schwierig, mitunter fehlt es an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern. Wesentliche Ursachen sind

## Flüchtlinge schützen - vor Biedermännern und Brandstiftern

**Gemeinsam mit antirassistischen Initiativen hatte DIE LINKE zur Solidarität mit Geflüchteten aufgerufen und appelliert, sich am 20. April in Eisenberg gegen Nazis und schützend vor die in der Landesaufnahmestelle lebenden Flüchtlinge zu stellen.**

„Unsere Unterstützung in Eisenberg ist bitter nötig und nicht nur ein symbolischer Akt, schließlich marschieren ganz in der Nähe Nazis und dürfen ihre menschenverachtenden und ausländergefeindlichen Hetztiraden brüllen – und das nur wenige Tage nach dem brutalen Überfall auf drei Flüchtlinge. Unfassbar!“, so Sabine Berninger, Flüchtlingspolitikerin der Linksfraction.

Sie hatte in Abstimmung mit der Initiative gegen rassistische Aufmärsche

in Thüringen den Platz vor der Erstaufnahmestelle für eine Kundgebung angemeldet.

Den Titel der Kundgebung „Flüchtlinge schützen – vor Biedermännern und Brandstiftern!“ begründete die Politikerin damit, „dass sogenannte ‚besorgte Bürger‘, die sich wie in Suhl oder Mühlhausen mit Nazis und deren rassistischer Hetze gemein machen, mitverantwortlich dafür sind, dass die Brandstifter den Eindruck erhalten oder für sich in Anspruch nehmen, die Mehrheit stünde hinter ihnen und billige Bedrohungen und gewalttätige Übergriffe“.

Das Zeichen, welches die Kundgebung setzen wolle, gehe in drei Richtungen. „Dem rassistischen Mob zeigen wir: Ihr stoßt auf unseren Widerstand. Den Einwohnerinnen und Einwohnern Eisenbergs demonstrieren wir: der Mob hat nicht die Oberhand

und ist keineswegs ‚das Volk‘. Und den Flüchtlingen wollen wir signalisieren: Ihr seid nicht allein, wir stehen mit Euch gemeinsam.“

Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraction, zeigte sich empört: „Damit findet erstmals seit 12 Jahren wieder ein genehmigter Neonazi-Aufmarsch am ‚Hitlergeburtstag‘ in Thüringen statt und das Landratsamt des Saale-Holzland-Kreises wird für die Kooperation von den Neonazis gar gelobt.“

Wer die vergangenen Thügida-Aufmärsche mitverfolgte, weiß, dass damit die in Eisenberg untergebrachten und häufig durch Fluchterfahrungen traumatisierten Menschen nun zusätzlich mit einem gewaltbereiten rassistischen Mob fast direkt vor der Haustür konfrontiert werden.“ ■